



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

SOZIALE GERECHTIGKEIT IN POLEN

■ ANALYSE	
Soziale Gerechtigkeit – eine lange verkannte Komponente der polnischen Transformation	2
Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz	
■ DOKUMENTATION	
Das Programm der PiS, 2019 (Auszug)	7
Exposé des Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, 19. November 2019 (Auszüge)	8
■ STATISTIK	
Polen im Gini-Index (2017)	9
■ UMFRAGE	
Einstellungen der polnischen Bevölkerung zu sozialpolitischen Maßnahmen der PiS und gesellschaftlicher Hilfe sowie die Sicht auf die Struktur der Gesellschaft	10
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	15
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 1. – 14. September 2020	18
■ CHRONIK	
1. – 14. September 2020	20

Soziale Gerechtigkeit – eine lange verkannte Komponente der polnischen Transformation

Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

DOI: 10.31205/PA.261.01

Zusammenfassung

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit steht momentan in Polen aufgrund der Sozialpolitik von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) hoch im Kurs. Damit wird seit einigen Jahren ein Thema zurück auf die politische Agenda geholt, das in Hochzeiten des freien Marktes scheinbar nur eine Aufgabe der gesellschaftlichen Selbstorganisation und nicht des Staates war. Die *PiS* knüpft hier an Traditionslinien der Gewerkschaft *Solidarność* an und kann sich zudem auf das Erbe der katholischen Soziallehre wie auch auf große gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Sozialpolitik stützen. Internationale Indizes belegen tatsächlich einen Aufholprozess Polens gegenüber westlichen Ländern bei der Bekämpfung von Armut und bei der Einkommensverteilung, allerdings offenbaren diese Indizes auch, dass hinsichtlich der Generationengerechtigkeit oder mit Blick auf die Diskriminierung von sozialen Gruppen die *PiS* gegenwärtig nur einige Aspekte von sozialer Gerechtigkeit implementiert.

Soziale Gerechtigkeit und soziale Ungleichheit als zentrale Themen des ökonomischen Wandels

Soziale Gerechtigkeit und soziale Ungleichheiten sind spätestens seit der globalen Finanzkrise in den Jahren 2008/2009 weltweit wieder ein zentrales Thema politischer Auseinandersetzungen und sozioökonomischer Reformdebatten. Das seit den späten 1970er Jahren dominante neoliberale Wirtschaftsmodell der westlichen Welt, das sich angesichts hoher Inflationsraten und steigender Arbeitslosigkeit vom Keynesianismus und der Nachfragesteuerung abwandte und seinerseits auf Deregulierung, Privatisierung und die Kräfte des Marktes setzte – wie es der britische Politologe Colin Crouch treffend analysiert hat –, wird nun wieder stärker hinterfragt. Die Popularität des vom französischen Ökonomen Thomas Piketty 2013 veröffentlichten Buches *Le capital au XXI^e siècle* (unter dem Titel »Das Kapital im 21. Jahrhundert« 2014 auf Deutsch erschienen), in dem er die Verteilung von Wohlstand und Ungleichheiten in 20 Ländern untersucht, unterstrich die wachsende Aktualität des Themas. Nicht mehr allein der Markt, sondern auch Staat und Gesellschaft sind wieder vermehrt aufgefordert, soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Die globalen ökonomischen Entwicklungen haben spätestens mit dem Revolutionsjahr 1989 auch den bis dato sozialistischen Osten Europas erreicht. Da angesichts des »Endes der Geschichte« (Francis Fukuyama) die Frage nach Demokratie und Marktwirtschaft einerseits respektive autoritär-totalitärem Regierungsmodell und Planwirtschaft andererseits zugunsten des ersten Modells beantwortet schien, war die doppelte Transformation, das heißt die gleichzeitige Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie in den postsozialis-

tischen Ländern die logische Konsequenz einer vermeintlich globalen Entwicklung. Dieses Szenario sah zwar mögliche sozioökonomische Verwerfungen durch die Härten der Privatisierung (Massenarbeitslosigkeit, wachsende soziale Ungleichheit) vor und auch der Rückfall in autoritäre Strukturen, wie sie gerade im postsowjetischen Raum zu beobachten sind, wurde von Sozialwissenschaftlern ins Auge gefasst. Aber die Folgen einer dritten, zunächst wenig beachteten nationalen Transformation (Prozesse des Nation-building in jungen Staaten wie der Ukraine oder Belarus und nationales Erwachen durch wiedergewonnene Souveränität in anderen postsozialistischen Staaten) wie Populismus, Xenophobie und wachsende Skepsis gegenüber dem westlichen Modell, eine Skepsis, die insbesondere durch die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten und Transnationalisierungsprozesse befördert wurde, standen nicht im Fokus der Transformationsforscher. Während die Demokratisierung der sozialistischen Systeme über Verfassungsnovellen beziehungsweise Verfassungsneuschöpfungen noch relativ schnell und unkritisch abgeschlossen werden konnte – obgleich die Schaffung neuer Verfassungen oft heftige normative Debatten wie in Polen 1997 oder in Ungarn 2011 hervorrief –, wurde die ökonomische Transformation von Beginn an kritisch begleitet und rief soziale und politische Spannungen hervor. Zwar unterstrichen im Mai 2019 in einer Umfrage des staatlichen Meinungsforschungsinstituts *CBOS* in Polen 81 Prozent, dass sich der Systemwandel gelohnt habe, zugleich belegen andere Umfragen aber immer wieder geteilte Meinungen sowohl zur Privatisierung wie auch zur Reprivatisierung.

Dies kann nicht verwundern, wenn man sich mit der Geschichte der polnischen Gewerkschaftsbewegung

Solidarność auseinandersetzt, die ja seit ihrer Gründung Ende August 1980 bis zur Einführung des Kriegsrechtes im Dezember 1981 und ihrem Verbot (Oktober 1982), anschließend vom Untergrund aus und ab Februar 1989 am Runden Tisch gegenüber den Machthabern der Volksrepublik Polen auf einen Systemwandel drängte, der demokratische Prinzipien, aber auch gesellschaftliche Solidarität und Gerechtigkeit realisieren sollte. Bereits die 21 Postulate der Gewerkschaft *Solidarność* vom 31. August 1980 waren neben der Forderung nach einer unabhängigen gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeiter geprägt von sozialen Forderungen wie der automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation oder einer Absenkung des Rentenalters. Schon seit den Arbeiterprotesten 1956 in Posen (Poznań) war es ein Ziel der Arbeiter, Einfluss auf ökonomische Entscheidungen in den Betrieben zu erhalten und ein freies und gerechtes Polen aufzubauen. Auch das Programm der Gewerkschaft *Solidarność* vom Herbst 1981 betont neben dem Streben nach nationaler Selbstbestimmung (!) und Forderungen nach politischen Veränderungen insbesondere auch soziale Fragen. Die Belegschaften sollten Einfluss auf die Entscheidungen in den Betrieben haben, die wiederum unabhängig von den politischen Entscheidungsträgern agieren sollten. Zudem berief sich die Gewerkschaft auf die Sozialenzyklika *Laborem exercens* von Papst Johannes Paul II., die im September 1981 veröffentlicht worden war. Hierin hatte der Papst einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus angemahnt und den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital betont. Schließlich wurde auch eine solidarische Gesellschaft gefordert, deren Umsetzung im Rahmen der Sozialpolitik, aber auch durch das Prinzip der Subsidiarität und den zentralen Stellenwert der Familie erfolgen sollte. Zugleich wurden die Rechte der Schwächsten, von Behinderten und alten Menschen verteidigt. Die Vereinbarungen am Runden Tisch hinsichtlich der Thematik soziale Gerechtigkeit und Sozialpolitik wurden in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Sozialpolitik (*Zespół Okrągłego Stołu ds. Gospodarki i Polityki Społecznej*) verhandelt und hatten natürlich einen anderen Charakter, da sie erstens Jahre später formuliert wurden und zudem einen Kompromisscharakter hatten. Gleichwohl wird auch hier von Seiten der Gewerkschaft *Solidarność* betont, dass Privatisierungen nur mit Zustimmung der Belegschaften erfolgen könnten, wobei die Vereinbarung auch ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft enthält. Aber unter den neuen Bedingungen der Marktwirtschaft galt es, die Rechte von Arbeitnehmern zu schützen.

Neben dem Bekenntnis zu Marktwirtschaft und Demokratie ist in der Programmatik der Gewerkschaft *Solidarność* ein starkes Bekenntnis zu christlich begründeten sozialen Fragen und darüber hinaus der Appell,

eine solidarische Gemeinschaft aufzubauen, angelegt. Ein möglichst großes Ausmaß individueller Freiheiten ist damit kein Leitmotiv der Gewerkschaftsbewegung, auf die sich ja die aktuelle PiS-geführte Regierung gerne beruft. Der Verweis auf die Geschichte der Gewerkschaft *Solidarność* verdeutlicht überdies, dass Gerechtigkeit nicht nur eine Frage der Einkommensverhältnisse ist, sondern dass auch Vorstellungen von Gemeinschaft, religiöse und andere Wertvorstellungen sowie auch Perzeptionen sozialen Wandels Einfluss auf unsere Auffassungen von sozialer Gerechtigkeit haben können.

Gerechtigkeitskonzepte

Auf dem Markt der Theorien und im politischen Geschäft konkurrieren unterschiedliche Definitionen von Gerechtigkeit miteinander, von denen die soziale Gerechtigkeit nur eine Spielart ist. Dabei kann zwischen personalen und institutionellen Definitionen von Gerechtigkeit unterschieden werden. Erstere stellen dabei vor allem auf Gerechtigkeit als Tugend ab, etwas, das der Philosoph Otfried Höffe als freiwillige Rechtschaffenheit bezeichnet hat, als moralische Tugend. Dieser Ansatz einer tugendhaften Haltung, die uns zum Guten, zur Gerechtigkeit verpflichtet, wird von verschiedenen Theoriekonzepten vertreten. Einerseits von kommunitaristischen und republikanischen Ansätzen, die beide den Wert der Gemeinschaft und die Pflicht des Individuums gegenüber der Gemeinschaft betonen und sich untereinander eher in ihren Traditionslinien und in der Akzentuierung von Gemeinschaft unterscheiden. Während der Republikanismus nach Emanuel Richter Gemeinschaft als Grundmuster menschlichen Lebens erkennt, sieht der Kommunitarismus nur eine moralische Pflicht zur Gemeinschaft. Beide Theorien sehen Gerechtigkeit damit nicht als Umsetzung eines *individual pursuit of happiness*. Andererseits steht auch die katholische Soziallehre, so wie sie in verschiedenen Sozialenzykliken beginnend mit *Rerum Novarum* 1891 und endend mit der *Caritas in veritate* von Papst Benedikt XVI. im Jahr 2009 und der grünen Sozialenzyklika *Laudato si* von Papst Franziskus 2015 interpretiert wird, für einen personalen Zugriff. Gerade das Verhältnis des Menschen zur Arbeit in der modernen Welt wird hier immer wieder analysiert und Fragen der Gerechtigkeit und der Solidarität großer Raum gegeben.

Institutionelle Definitionen von Gerechtigkeit fragen dem gegenüber vor allem, wie politische und rechtliche Gleichheit von Menschen organisiert werden kann. Dabei müssen zum einen soziale, kulturelle und normative Unterschiede in den Gerechtigkeitsauffassungen überbrückt und zum anderen Anwendungsbereiche definiert werden. Der politische Liberalismus setzt dabei vor allem auf gleiche Grundrechte und Verteilungsgerechtigkeit und hier haben die theoretischen Arbeiten des

amerikanischen Philosophen John Rawls in den letzten Jahrzehnten überragende Bedeutung gehabt. Gegenbewegungen unterstreichen jedoch die Freiheit des Menschen als höheren Wert und setzten eher wie August von Hayek auf allgemeinen Wohlstandszuwachs durch die Regeln des freien Marktes.

Diesen sehr knappen Ausführungen zum breiten theoretischen Diskurs könnten Schlagworte über Verfahrensgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit oder Gerechtigkeit im Sinne von Teilhabe für soziale Gruppen hinzugefügt werden. Damit wird deutlich, dass einfache Definitionen von Gerechtigkeit nicht greifen, zumal in einer Transformationsgesellschaft wie Polen auch noch Vorstellungen von historischer Gerechtigkeit oder *Transitional Justice*, die Verantwortlichkeiten für die autoritär-totalitäre Vergangenheit benennen und Unrecht aufarbeiten wollen, hinzukommen. Gleichwohl steht auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit eine große Anzahl empirischer Daten zur Verfügung.

Soziale Gerechtigkeit in Polen

Zur Ermittlung des Zustandes sozialer Gerechtigkeit werden vor allem Daten zur ökonomischen Ungleichheit anhand unterschiedlicher Parameter erhoben. Hierfür stehen eine Reihe unterschiedlicher Indizes zur Verfügung. Die bekanntesten Datensets stammen von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*OECD*), die ökonomische Ungleichheit und Armut eruiert, von der Weltbank, die sich auf den von dem italienischen Mathematiker Corrado Gini entwickelten Koeffizienten beruft, der soziale Ungleichheit misst, und von der Bertelsmann Stiftung, die einen Index zu sozialer Ungleichheit in der EU und den *OECD*-Ländern herausgibt. Interessant ist für ein Transformationsland wie Polen vor allem der intraregionale Vergleich mit anderen Transformationsländern wie der Slowakei, Tschechien oder Ungarn sowie der Vergleich über die Jahre, um Entwicklungen auszumachen.

Die *OECD* fokussiert für ihre Datenbank auf das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen angepasst an die Haushaltgröße und auf Armut, festgemacht an einem Schwellenwert von 50 Prozent des durchschnittlich zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommens. Danach hat sich das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen zwischen 2004 und 2017 in Polen mehr als verdoppelt. Der Gini-Koeffizient, erstellt von der Universität der Vereinten Nationen (*World Income Inequality Database*), hat sich von 34,49 im Jahr 2005 auf 29,2 im Jahr 2017 reduziert. Beim Gini-Koeffizienten bedeutet 100 völlige Ungleichheit und 0 völlige Gleichheit. Der Gini-Koeffizient lag für die Tschechische Republik bei 26,94 im Jahr 2005 und bei 24,5 im Jahr 2017, für die Bundesrepublik Deutschland bei 31,4 im Jahr 2005 und bei 29,1 im Jahr 2017 (siehe auch Grafik 1 auf Seite 9).

Der Index für soziale Gerechtigkeit der Bertelsmann Stiftung ist etwas anders aufgebaut. Er berücksichtigt insgesamt sechs Dimensionen, verwendet also eine breitere Definition von sozialer Gerechtigkeit, und reicht von 0 bis 10 (bester Wert). Die gemessenen Dimensionen, jeweils unterfüttert mit verschiedenen Indikatoren, sind: Armutsvermeidung, Zugang zu Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung, Generationengerechtigkeit und Gesundheit. Im Index setzten auch im Jahr 2019 die skandinavischen Länder die Standards – so wie auch bei anderen Indizes. Aber auch die postsozialistischen Länder schneiden zum Teil beachtlich ab und sind – trotz des nach wie vor existierenden ökonomischen Rückstands gegenüber den G7-Ländern – teilweise im vorderen Feld. Slowenien und die Tschechische Republik sind mit den Plätzen sieben und acht unter 41 Ländern noch vor der Bundesrepublik Deutschland (Platz zehn) und auch Polen liegt mit Platz 16 deutlich über dem EU-/OECD-Durchschnitt. Bemerkenswert ist insbesondere die beachtliche Verbesserung Polens in den letzten Jahren. Dabei schneidet Polen insbesondere bei der Armutsvermeidung und beim Zugang zur Bildung überdurchschnittlich ab, während die Kriterien Nicht-Diskriminierung, Generationengerechtigkeit und Gesundheit deutlich schlechter ausfallen. Positiv hat sich sicherlich das von der *PiS* eingeführte Kindergeld »500+« ausgewirkt, denn das Armutsrisiko hat sich von 2009 auf 2019 fast halbiert, und auch die Altersarmut ist in Polen zurückgegangen. Negativ wirken sich dem Länderbericht zufolge Diskriminierungen von Flüchtlingen, Muslimen oder LGBTQ-Gruppen aus. Bezogen auf den Arbeitsmarkt verweist der Bericht darauf, dass Polen das Land in der EU mit dem höchsten prozentualen Anteil an Zeitverträgen sei, trotz eines deutlichen Rückgangs in den letzten Jahren. Auch die Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Das schlechte Rating Polens im Bereich Generationengerechtigkeit liegt vor allem an den geringen staatlichen Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung (0,37 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) im Jahr 2019; in Deutschland 3,09 Prozent des BSP im Jahr 2018 laut Weltbank) sowie an der Energiepolitik, die noch stark an fossilen Brennstoffen festhält – notgedrungen mit Blick auf die heimische Kohle, aber zum Nachteil des CO₂-Abdruckes. Zur Generationengerechtigkeit gehört sicherlich auch, dass die Zahl der Polen, die mehrere Monate im Ausland arbeiten, seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts, kontinuierlich zugenommen hat. Ende 2018 waren nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*) knapp 2,5 Millionen Polen zeitweise im Ausland tätig, davon mehr als 2,1 Millionen in der EU. Zuverlässige Zahlen über Rückkehrer liegen nicht vor, aber ein großer Teil wird

wohl dauerhaft im Ausland verbleiben und geht damit dem polnischen Arbeitsmarkt und den polnischen Sozialsystemen bei ähnlichen demographischen Problemen wie in Deutschland verloren. Schließlich bleibt noch das letzte im Index für soziale Gerechtigkeit genannte Kriterium: das polnische Gesundheitswesen. Hier vermochte in den letzten Jahrzehnten keine Regierung nachhaltige Verbesserungen herbeizuführen – trotz umfangreicher Reformen und mehrerer Systemwechsel. Der Oberste Rechnungshof (*Najwyższa Izba Kontroli* – NIK) konstatierte in einem Bericht zum polnischen Gesundheitswesen aus dem Jahr 2019 neben einer mangelnden Akzeptanz seitens der Patienten erhebliche Mängel. Aufgeführt wurden unter anderem eine schlechte Organisation des Gesundheitssystems, die zu einer schlechten Vorsorge und einem zu späten Erkennen von Krankheiten führt, eine regional unterschiedliche medizinische Versorgung der Bevölkerung, mangelnde Transparenz des Systems hinsichtlich der angebotenen Qualität, ein Mangel an geschultem Personal und generell zu wenig Beschäftigte im Gesundheitssektor sowie ganz allgemein eine zu geringe finanzielle Ausstattung. Nach Angaben des NIK wurden vom Staat im letzten Jahr nur 4,6 Prozent des BSP für das Gesundheitssystem aufgewendet gegenüber 6,7 Prozent des BSP an privaten Aufwendungen. Damit befindet sich Polen bezüglich der staatlichen Mittel für das Gesundheitssystem an drittletzter Stelle in Europa. Die schlechte Bezahlung und der zu geringe Mitteleinsatz sind wohl auch mit verantwortlich für einen *brain drain* in diesem Bereich. Tausende Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger aus Polen arbeiten in Deutschland oder in Großbritannien und eine Umkehr des Trends ist angesichts der großen Nachfrage und der deutlich schlechteren Bezahlung in Polen nicht in Sicht.

Trotz der beachtlichen Fortschritte Polens in einzelnen Bereichen einer breit verstandenen sozialen Gerechtigkeit ist der Berg der Probleme nach wie vor groß. Wie sieht angesichts dieser Zahlen die Sozialpolitik der PiS-geführten Regierung aus?

Die PiS und die neue Sozialpolitik

Zunächst muss angemerkt werden, dass sich die PiS-Regierung bei allen Politikansätzen auf nach wie vor sehr gute konjunkturelle Daten stützen kann. Auch im Jahr 2019 wuchs die polnische Wirtschaft mit 4 Prozent kräftig. Allerdings wird auch Polen von den ökonomischen Folgen der Covid-19-Pandemie erschüttert. Das Statistische Hauptamt schätzt den Rückgang des BSP für das zweite Quartal 2020 auf minus 8,2 Prozent. Umso mehr werden auch die Sozialprogramme der Regierung auf den Prüfstand gestellt werden müssen, aber eine entsprechende Debatte hat in Polen noch nicht begonnen.

Klar ist, dass die Regierung für ihr Sozialprogramm nachhaltige Unterstützung in der Bevölkerung hat.

Reichtum wird von 47 Prozent der Bevölkerung nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom August 2019 nach wie vor skeptisch beäugt und gar 77 Prozent sind der gleichen Umfrage zufolge der Ansicht, dass die Menschen keine gleichen Chancen hätten und nur wenige über die Möglichkeit verfügen würden, wohlhabend zu werden. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit und eine paternalistische Erwartungshaltung gegenüber dem Staat sind also auch 30 Jahre nach der Transformation in Polen sehr verbreitet (siehe Grafik 4 bis 7).

Kein Wunder also – auch mit Blick auf die eingangs aufgezeigten Traditionslinien der Gewerkschaft *Solidarność* –, dass die PiS auf dem Feld der Sozialpolitik schon im Wahlkampf vor den Parlamentswahlen im Jahr 2015 große Aktivitäten entwickelt hatte und dies auch im Vorfeld der Parlamentswahlen im Jahr 2019 fortsetzte.

Im Programm der PiS aus dem Jahr 2019 ist unter der Zwischenüberschrift »Solidarität und Würde« zu lesen, dass der Staat eine Verpflichtung gegenüber den sozialen Verhältnissen habe (siehe Dokumentation auf Seite 7f.). In einem ehrlichen und solidarischen Staat müsse dieser Gleichheit vor dem Gesetz sowie soziale Gerechtigkeit garantieren und die Würde der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft schützen. Grundlage dieser gesellschaftlich gelebten und als Selbstverpflichtung empfundenen Solidarität ist danach die nationale Gemeinschaft. In diesem Kontext verweist das Programm auf soziale Errungenschaften der PiS-Regierung in den Jahren 2015–2019 wie die Förderungen für Familien, Kinder und Senioren. Darüber hinaus wird auf den Kampf gegen soziale Ausgrenzungen aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder körperlicher Beeinträchtigung verwiesen. Ziel ist es, Zentren für soziale Dienste (*Centrum Usług Społecznych*) zu gründen.

Auch das Exposé von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vom November 2019 unterstreicht bereits in den ersten Absätzen die Rolle des Staates, der globalen Ungerechtigkeiten, die auch Polen betreffen, entgegen treten müsse (siehe Dokumentation auf Seite 8f.). Genannt wird eine Zunahme sozialer Ungleichheiten, die Steuervermeidung durch große Unternehmen oder die Geringschätzung gesellschaftlicher Solidarität. Es soll ein Polen der alltäglichen Normalität, also jenseits gesellschaftlicher Missstände, aufgebaut werden. Als Politikfelder werden Sicherheit, eine Energiestrategie, das Rentensystem und die demographische Entwicklung angeführt. Verwiesen wird auch auf die positive Entwicklung des Gini-Koeffizienten seit 2015, wodurch Polen besser da stehe als westliche Ländern wie Frankreich oder Deutschland. Auch sei es gelungen, zwei Millionen Polen aus der Armut zu befreien, unter anderem durch die Einführung des Kindergeldes »500+«, Steuerbefreiungen für niedrige Einkommen oder eine

13. Monatsrente. Dabei bleibt aber unerwähnt, dass die *PiS* zum 1. Oktober 2017 das Renteneintrittsalter für Männer auf 65 und für Frauen auf 60 gesenkt hat, nachdem die Vorgängerregierung aus Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) und Polnischer Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) erst kurz zuvor ein einheitliches Renteneintrittsalter von 67 Jahren beschlossen hatte. Kürzere Lebensarbeitszeiten tragen natürlich zu geringeren Renten bei.

Unmittelbar vor den Parlamentswahlen am 13. Oktober 2019 kündigte der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński weitere fünf Gesetzespakete in den ersten 100 Tagen nach der Wahl an. Dabei handelt es sich um geringere Sozialversicherungsabgaben für kleine Firmen, eine 13. Rente im Jahr 2020 und eine 13. und 14. Rente im Jahr 2021, ein Paket von Vorsorgeuntersuchungen für Menschen ab dem 40. Lebensjahr, ein Programm für 100 Umgehungsstraßen für polnische Städte sowie einen Plan für Ausgleichszahlungen für polnische Landwirte. Tatsächlich wird eine 13. Rente bereits seit April dieses Jahres ausgezahlt, da ein entsprechendes Gesetz im Januar im Sejm verabschiedet werden konnte. Auch geringere Sozialabgaben für kleine Firmen sind ab Februar 2020 möglich und Vorsorgeuntersuchungen sollen nach Auskunft des Gesundheitsministeriums kostenlos ab Januar 2021 für die genannten Alterskohorten möglich sein. Bei den zugesagten Umgehungsstraßen geht es natürlich um ein langfristiges Investitionsprogramm bis 2030, so dass gegenwärtig erst über eine Liste diskutiert wird, und die zugesagten Ausgleichszahlungen für polnische Landwirte, die damit Landwirten in den alten EU-Mitgliedsländern gleichgestellt werden sollen, sind erst vage im Gespräch. Ziel ist es wohl eher, hier eine Änderung innerhalb der EU zu erreichen.

Umfragen zeigen, dass in Polen ein Gesellschaftsmodell präferiert wird, in dem die meisten Menschen der Mittelschicht angehören (39 Prozent im Jahr 2019) und so wird Polen heute auch erstmals von der Mehrheit der Befragten mit 28 Prozent (2019) eingeordnet (siehe Tabelle 1 und Grafik 8). Es kann daher nicht verwundern, dass die Sozialpolitik für die *PiS* ein zentrales Anliegen bleibt, und hier insbesondere Sozialtransfers (Rente, Kindergeld etc.). Die gesellschaftliche Akzeptanz insbesondere für das Kindergeld »500+«, nun bereits ab dem ersten Kind, und für eine zusätzliche Rente ist sehr hoch. Eine *CBOS*-Umfrage vom September 2018 belegt, dass die gesellschaftliche Bereitschaft, Kranken (59 Prozent), Alten (44 Prozent) und Familien (32 Prozent) zu helfen, sehr groß ist. Zumindest deklarativ ist Polen eine solidarische Gesellschaft. Allerdings sieht man vor allem die Gemeinden (77 Prozent) und die Regierung (69 Prozent) noch vor der Familie (44 Prozent) in der Pflicht, wenngleich in der allgemeinen Wahrnehmung vor allem die Gemeinden (54 Prozent) und die Familien (52 Prozent)

Hilfe leisten, weniger die Regierung und ihre Institutionen – 32 Prozent (siehe Grafik 4 und 6). Hier wird deutlich ein stärkeres Engagement von Gemeinden, Selbstverwaltungen und der Regierung erwartet.

Eine Rechnung für die nächste Generation? Ein Ausblick

Zweifellos trifft die Sozialpolitik der *PiS*-Regierung auf große gesellschaftliche Zustimmung. Nicht zuletzt deswegen hat der in den Präsidentschaftswahlen im Juni/ Juli 2020 unterlegene Kandidat der Bürgerplattform, Rafał Trzaskowski, im Wahlkampf angekündigt, jeden Versuch, das Kindergeld »500+« wieder abzuschaffen, mit einem Veto blockieren zu wollen. Auch im Vorfeld der Parlamentswahlen im Herbst 2019 ließen alle Parteien, die sich später im Sejm wiederfanden, erkennen, am Programm »500+« festhalten bzw. es sogar noch ausbauen zu wollen. Eine aktive Sozialpolitik scheint für viele Politstrategen heute der Schlüssel zum Wahlerfolg zu sein.

Allerdings gibt es auch beträchtliche Kritik an der Sozialpolitik der *PiS*. Zunächst wird immer wieder auf die beträchtlichen Kosten verwiesen und darauf, dass es sich im Wesentlichen um Transferleistungen handelt. Ob der polnische Staat weiterhin im Stande sein wird, diese Sozialleistungen zu finanzieren, vermag heute in Zeiten der Corona-Pandemie niemand seriös zu beantworten. Gegenwärtig steht Polen noch gut da und die Staatsschuldenquote lag Ende 2019 bei lediglich 44,2 Prozent – vor der Pandemie! Allerdings wären höhere Löhne und Renten sowie sichere Arbeitsverhältnisse womöglich probatere Mittel, um die Frage der sozialen Gerechtigkeit anzugehen. Zudem ist – so die Kritiker – wohl kaum anzunehmen, dass das Kindergeld »500+« tatsächlich einerseits vollständig den Kindern zugutekomme und andererseits lösten Transferleistungen nicht zwingend bestimmte Probleme wie niedriges Ausbildungsniveau oder bestimmte gesellschaftliche Missstände in der betroffenen Bevölkerungsgruppe. Ein Effekt auf die niedrige Geburtenrate ist gleichfalls noch nicht zu konstatieren. Auch sehen Beobachter die Gefahr, dass die ökonomische Aktivität von Frauen zurückgehen könnte. Allerdings deuten Umfragen des *GUS* aus dem Jahr 2019 eher in eine gegenteilige Richtung. Danach haben sehr viel mehr Frauen die Zuzahlungen zum Anlass genommen, eine Arbeit aufzunehmen, weil nun eine Betreuung für die Kinder bezahlt werden kann. Dies sind jedoch erst vorläufige Ergebnisse, die noch genauer untersucht werden müssen.

Die *PiS*-Regierung lässt sich in ihrer Sozialpolitik vom Prinzip der gesellschaftlichen Solidarität leiten und knüpft damit an Traditionen der Gewerkschaft *Solidarność* an, wie sie bereits im Programm der Gewerkschaft 1981 vorgestellt wurden. Ideengeschichtlich handelt es sich um

eine Abkehr von neoliberalen, am Markt ausgerichteten Konzeptionen und eine Hinwendung zu republikanischen Vorstellungen. Internationale Indizes zeigen, dass Polen einerseits auf dem Weg zur gesellschaftlich gewünschten sozialen Gerechtigkeit auf einigen Feldern erhebliche Fortschritte gemacht hat, am deutlichsten feststellbar am gesunkenen Gini-Koeffizienten. Andererseits bleiben erhebliche Zweifel, dass der eingeschlagene Weg zu einer gesellschaftlichen Befriedung und zur Verwirklichung gesellschaftlicher Solidarität beitragen kann. Nach wie vor bleibt die Gesundheitspolitik ein schwieriges Feld und ein Bereich, in den alle polnischen Regierungen nach 1989 zu wenig Geld investiert haben. Zudem bleibt fraglich, ob eine nationale Gemeinschaft mit christlichen Wurzeln, so wie es in der Programmatik der Gewerkschaft *Solidarność*

vor 40 Jahren beschrieben wurde, noch zeitgemäß ist mit Blick auf eine sich zunehmend stärker ausdifferenzierende polnische Gesellschaft. Zwar sind soziale Transferleistungen als temporäres Korrektiv durchaus vertretbar, aber die gleichzeitige Diskriminierung von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und ein strikt konservatives Familienmodell sind es eben nicht. Ähnlich wie auch andere konservative Parteien in Westeuropa und insbesondere in Deutschland, steht auch die *PiS* vor der Herausforderung, einen modernen, gegebenenfalls christlich fundierten Gesellschaftsentwurf zu erarbeiten, der Solidarität und Anteilnahme allen gesellschaftlichen Gruppen anbietet – ohne Rücksicht auf Herkunft, Geschlecht oder religiöse Überzeugung. Davon ist die *PiS* momentan noch entfernt.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der TU Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa.

DOKUMENTATION

Das Programm der PiS, 2019 (Auszug)

[...]

Solidarität und Würde

Die Grundlage des politischen Denkens von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) ist die Überzeugung, dass das soziale Interesse und die wirtschaftliche Entwicklung im Geiste der Solidarität und Würde miteinander verbunden werden müssen. Der Staat kann angesichts der sozialen Beziehungen nicht passiv sein. Von den Früchten des Wirtschaftswachstums müssen alle Polen profitieren, und nicht – wie es früher war – vor allem die privilegierten Interessengruppen. Die *PiS*-Regierung hat bewiesen, dass ein solidarischer Polen nicht nur möglich ist, sondern von der Gesellschaft auch allgemein akzeptiert wird. Wir haben das Märchen vom Unvermögen widerlegt und gezeigt, dass ein aktiver Staat in der Lage ist, sich wirksam um das Gemeinwohl zu kümmern. Die letzten Jahre waren eine Zeit großen Wirtschaftswachstums und einer neuen Sozialpolitik, was steigenden Wohlstand für Familien, Individuen und die Gesellschaft mit sich brachte sowie eine extrem niedrige Arbeitslosigkeit. Polen wurde unter der *PiS*-Regierung auf das Prinzip der sozialen Solidarität gestellt, das ein wichtiger Bestandteil des Programms des verstorbenen Präsidenten Prof. Lech Kaczyński war.

Der wichtigste Grundsatz war für Recht und Gerechtigkeit immer der Wille, einen ehrlichen und solidarischen Staat aufzubauen, der auf der tatsächlichen Gleichheit vor dem Gesetz gründet, allen soziale Gerechtigkeit garantiert sowie den Schwächsten Würde.

Für uns bedeutet Recht nicht allein ein System aus Normen und Prinzipien, die unerlässlich sind, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, sondern es hat auch eine positive Eigenschaft – es ist das Recht auf ein würdiges und sicheres Leben, das Recht auf Freiheit und Eigentum, das Recht, am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben nach den gleichen Regeln teilzunehmen. Das Recht wird als Verpflichtung verstanden, jedem die Möglichkeit zu garantieren, in einem gerechten und gut regierten Staat zu leben. Die Gerechtigkeit gebietet es also, jedem das zu geben, »was ihm zusteht«, und vor allem die Schwächsten und Bedürftigen zu unterstützen. **Die gesellschaftlichen Beziehungen sollten auf sozialer Solidarität und Nächstenliebe gründen.**

Ein rechtschaffener und gerechter Staat garantiert Freiheiten, Rechte und solidarische soziale Lösungen und er ist verantwortlich dafür, die nationale Gemeinschaft zu erschaffen. Das sind die Wegweiser und zugleich der ethische

Imperativ der *PiS*-Regierung im Bereich Sozialpolitik und unser Verständnis der Zugehörigkeit zu Europa. Wir sind nicht aufgrund von Erklärungen europäisch, sondern weil wir uns um die soziale Ordnung und das Wirtschaftssystem, das polnische Modell des Wohlfahrtsstaates, kümmern.

Erfolge

Die »Plus-Programme« der Sozialpolitik

In den Jahren 2015 bis 2019 haben wir eine Wende in der Sozialpolitik vollzogen, indem wir die »Plus-Programme« verwirklicht haben. **Alle diese Programme werden fortgeführt:** Familie Plus, Mama Plus, Kleinkind Plus, Senior Plus, Guter Start, Rente Plus. Polen ist das gemeinsame Haus für alle und jeden. Die Erfolge Polens wählen wir unter Beibehaltung und Erweiterung der solidarischen Sozialpolitik aus. Wir haben die Kinderarmut deutlich verringert, und in der neuen Regierungsperiode werden wir den Senioren besondere Fürsorge angedeihen lassen. Denn Polen ist eine Einheit! [...]

Quelle: <http://pis.org.pl/dokumenty>

(abgerufen am 07.09.2020).

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Exposé des Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, 19. November 2019

(Auszüge)

Stenogramm

[...]

Wie alle großen polnischen Patrioten müssen wir alles das tun, was ein starkes und normales Polen aufbaut.

Wir sind Polen, also müssen wir polnische Verpflichtungen haben. Setzt die Klein-Klein-Einstellung etwa Energie zum Handeln frei? Nein, macht sie nicht. Wir brauchen ein mutiges Polen und eine mutige Vision von Polen. Wir müssen weiter an unserer Position im globalen Netzwerk moderner Wirtschaftssysteme arbeiten. Die Währung einer solchen Wirtschaft sind Talent, Wissen, Innovationen, Regulierungen, Effektivität und Tatkraft. Wir müssen uns auch vor Fallen in Acht nehmen. Der freie Markt, für den keine ehrlichen Regeln für Konkurrenz aufgestellt wurden, unterliegt schnell der Deformierung. Das Recht auf Entwicklung unterliegt dann dem Recht des Stärkeren. Es ist die Rolle des Nationalstaates, in diesem ungerechten Ungleichgewicht wieder Normalität herzustellen. Wir sehen viele Anzeichen globaler Ungerechtigkeit – den Anstieg der sozialen Ungleichheit, die Entstehung von Konzernen, die so stark sind, dass sie in der Lage sind, die Steuersysteme der Nationalstaaten zu umgehen, in denen sie Gewinne einfahren, Steuerparadiese, die den Reichen erlauben, der Besteuerung zu entgehen und die soziale Solidarität zu missachten, große Steuerkarusselle, Geldwäsche. Das sind Anomalien und Verbote einer Zukunft, die wir nicht wollen. Heute haben wir den Wind der Geschichte in den Segeln, insbesondere in den letzten Jahren haben wir die gläserne Decke der Entwicklung durchstoßen. Im Vergleich zu den am höchsten entwickelten Wirtschaften der Welt ist das Niveau der Einkommensentwicklung der Polen am höchsten seit Beginn der Transformation und zugleich das höchste in der polnischen Geschichte.

Unser Hauptziel ist, Polen als den Ort in Europa aufzubauen, wo man am besten lebt, ein Polen der alltäglichen Normalität, des Wohlstandes und der Ruhe auf den Straßen und an seinen Grenzen. Das ist der Traum von Millionen Polen. Wenn wir unser Land konsequent modernisieren, einen gerechten Zugang zu den Früchten der Entwicklung gewährleisten, die Verständigung über die Spaltungen hinweg suchen, zumindest in Bereichen wie Sicherheit, Energiestrategie, Rentensystem oder Demographie, dann liegt die beste Zeit Polens vor uns. Schon jetzt gelingt es uns, die Ungleichheiten wirksam zu bekämpfen, mit denen sich fast der gesamte Westen misst. Der Index für soziale Ungleichheit, der sogenannte Gini-Index, fiel seit 2015 unter 28 Punkte. Das bedeutet, dass wir es in knapp vier Jahren bewerkstelligt haben, dass das Niveau der Ungleichheit so ist wie in Dänemark und niedriger als im europäischen Durchschnitt, in Frankreich, Deutschland, Italien oder Großbritannien. Damit einher geht der Rückgang der Armut.

Innerhalb von drei Jahren haben wir zirka zwei Millionen Polen aus dem Armutsrisiko herausgeholt. Das ist immer noch zu wenig, aber ich freue mich, dass so viele Polen ohne Angst in die Zukunft blicken können. Viele von uns haben die *Solidarność* in ihrer Biographie. Für uns ist Solidarität nicht nur Geschichte, vor allem ist sie Ziel und Grundsatz unserer Regierungstätigkeit, der Grundstein unserer Politik. Solidarität sind die Sozialprogramme unserer Regierung, deren Gewinner alle Familien sind. Die jüngeren Kinder erhalten 500+ [jeweils 500 Zloty pauschaler Förderung bis zum 18. Lebensjahr, d.Übers.], die älteren, die arbeiten gehen, sind vollständig von der Steuer befreit [betrifft die Einkommensteuer bis zum 26. Lebensjahr, d.Übers.]. Ihre Eltern haben eine gesenkte Einkommensteuer und die Großeltern eine 13. Rentenzahlung. Entwicklung muss gerecht sein. Das ist die Grundlage unseres Gesellschaftsvertrages. [...]

Wenn ein Mensch zur Welt kommt, ist die Familie seine erste Bastion. Die Familie ist nicht nur die erste Bastion eines jeden Polen. Die Familie ist, wie Primas Stefan Wyszyński gesagt hat, auch die Bastion für ganz Polen. Im Westen wird viel über die unsichtbare Arbeit der Frauen gesprochen. Die Arbeit im Haushalt ist häufig mehr als eine ganze Arbeitsstelle. Im Westen tauchen daher Ideen der Art auf, dass, wenn die Frauen so schwer arbeiten, bestimmt die Familie die Schuld daran trage und man sie auseinandernehmen müsse. Wir dagegen stärken die Familie und schätzen die Arbeit der Frauen wert. Als erste haben wir ein enormes Sozialtransferprogramm für Familien aufgelegt. Als erste haben wir konkret auf das Problem der unbezahlten Arbeit der Frauen geantwortet, die mindestens vier Kinder erziehen. In Polen ist der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern niedriger als im Durchschnitt der europäischen Länder, aber die Gleichheit am Arbeitsplatz ist ein Wert, um den wir uns entschieden bemühen werden. Denn wenn unsere Mütter, Schwestern, Ehefrauen, Töchter für dieselbe Arbeit einen niedrigeren Lohn als die Männer erhalten, ist das nicht normal. Wir werden nach einem gerechten Prinzip streben. Die gleiche Arbeit für den gleichen Lohn. Die Polinnen stehen häufig vor der Wahl entweder Arbeit oder Kind. Ein moderner Staat hilft bei dieser Wahl. In den letzten vier Jahren haben wir, neben der ständig steigenden Zugänglichkeit von Krippen, auch die Anzahl der Krippenplätze verdoppelt. Wir erweitern den Zugang zu flexibleren Beschäftigungsformen für Eltern mit Hilfe von Arbeit im Home Office oder Teilzeitstellen. Mit der modernen Wirtschaft eröffnen sich den Polinnen neue Möglichkeiten und Chancen. Für eine Mutter nach dem Mutterschaftsurlaub muss es einfacher werden, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Unsere Maßnahmen werden dem dienen. Alle Eltern wissen, dass eine Familie wie ein großes Unternehmen ist. Arbeit, Schule, Gesundheitsversorgung oder Training, überall muss man rechtzeitig sein und die Interessen der Eltern und Kinder in Einklang bringen. Jede große Familie kann bei diesem Thema bereits mit der Unterstützung des Staates rechnen, die es vorher nicht gab. Für Familien mit drei oder mehr Kindern werden wir zusätzliche Ermäßigungen und Erleichterungen vorschlagen.

[...]

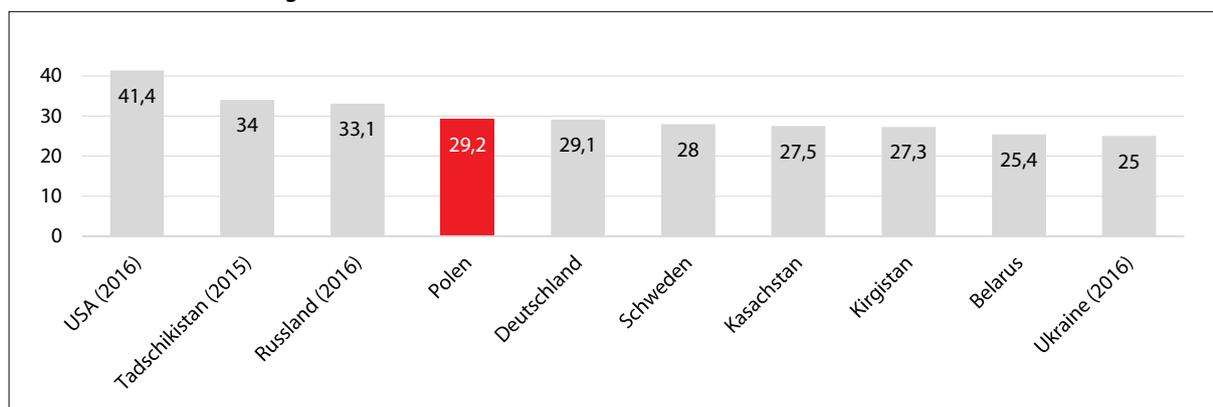
Quelle: <https://www.gov.pl/attachment/7c78a2b8-0eb1-4461-b65f-4e6e71efc076>
(abgerufen am 07.09.2020).

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

STATISTIK

Polen im Gini-Index (2017)

Grafik 1: Polen und Vergleichsländer im Gini-Index (2017)



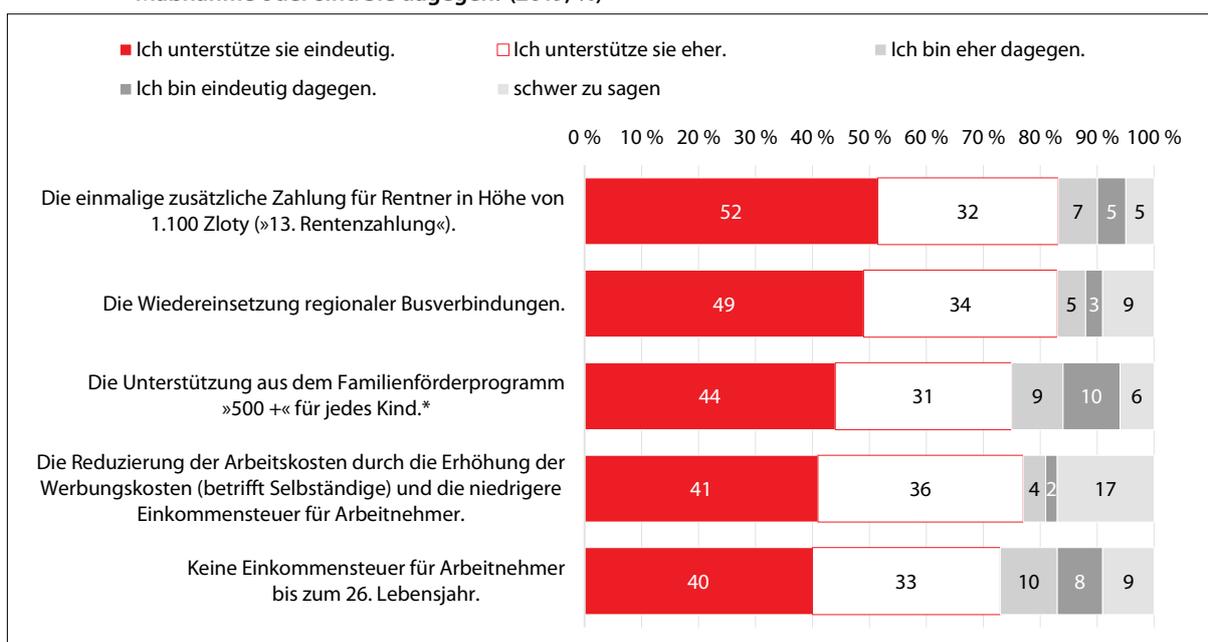
Anmerkung: Der Gini-Index, auch Gini-Koeffizient genannt, misst die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in einem Land. Je höher der Wert, desto größer die Ungleichheit. Bei einem Gini-Wert von 0 wäre das gesamte Vermögen gleich verteilt, während bei einem Wert von 100 sämtliches Vermögen im Besitz einer Person wäre. Der Gini-Koeffizient wird anhand der offiziellen Einkommensstatistik berechnet und ist für Länder mit einer großen Schattenwirtschaft, die statistisch nur schwer erfasst werden kann, daher nur begrenzt aussagekräftig.

Quelle: World Income Inequality Database, UNU-WIDER, Stand 6. Mai 2020, <https://www.wider.unu.edu/database/wiid>.

UMFRAGE

Einstellungen der polnischen Bevölkerung zu sozialpolitischen Maßnahmen der PiS und gesellschaftlicher Hilfe sowie die Sicht auf die Struktur der Gesellschaft

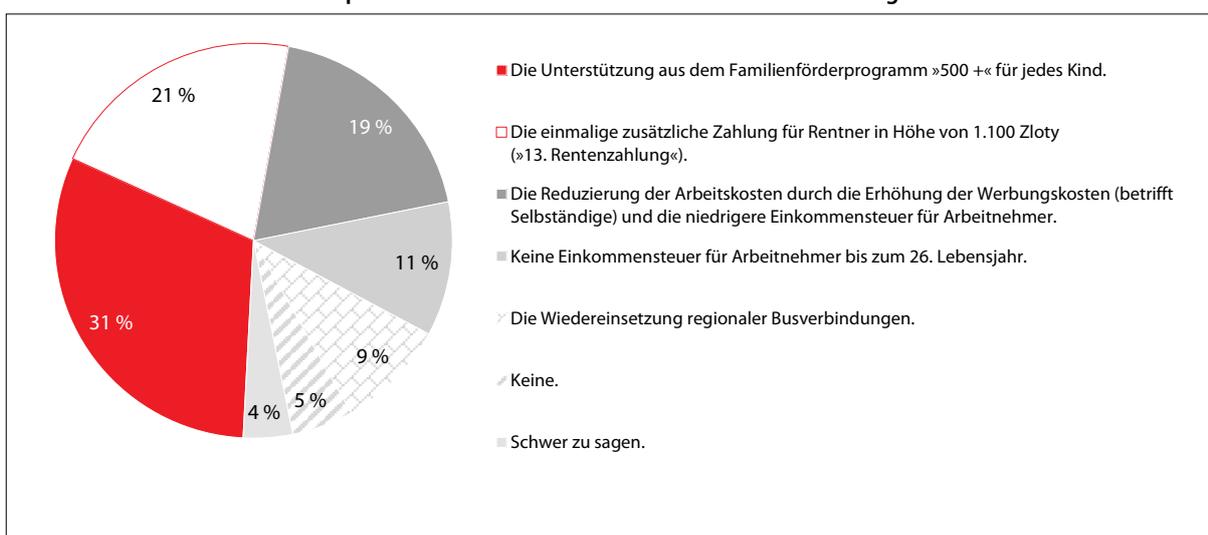
Grafik 1: Die PiS kündigt die Einführung neuer sozialpolitischer Maßnahmen an. Unterstützen Sie die jeweilige Maßnahme oder sind Sie dagegen? (2019, %)



*bisher ab dem zweiten Kind

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 45/2019: Reakcje społeczne na rozwiązania tzw. Nowej Piątki PiS [Gesellschaftliche Reaktionen auf die Maßnahmen der sog. »Neuen Fünf« der PiS]. Warszawa 03/2019. www.cbos.pl

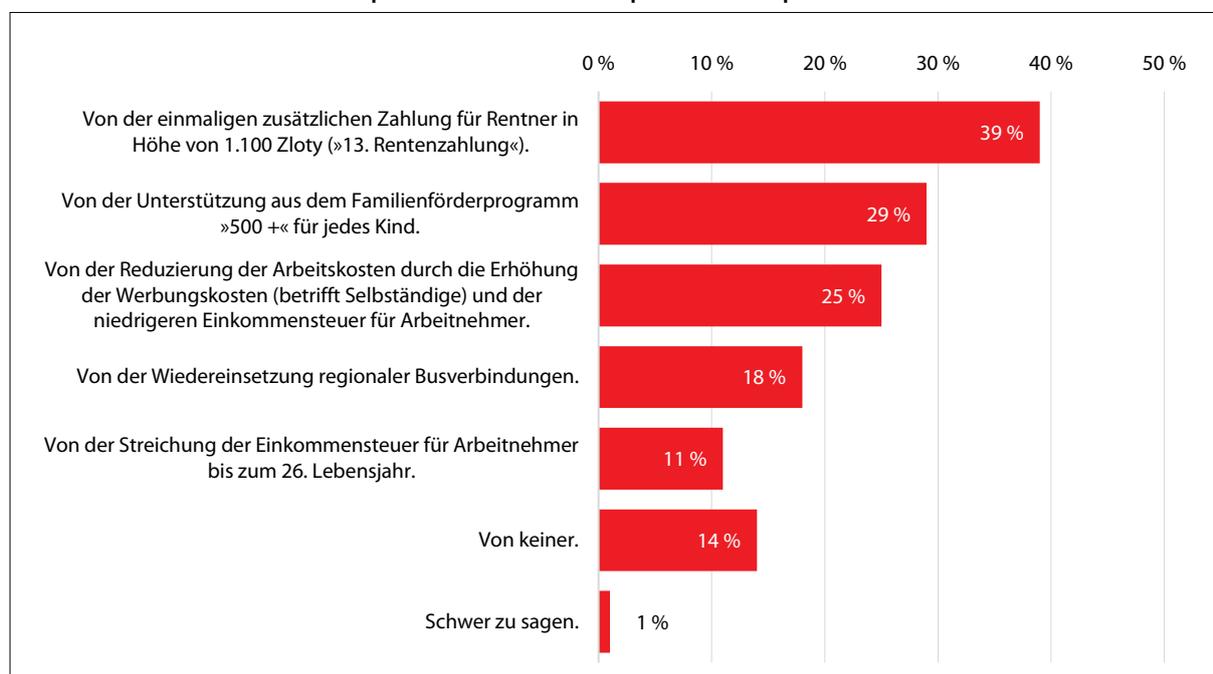
Grafik 2: Welche dieser sozialpolitischen Maßnahmen halten Sie für am notwendigsten?



*bisher ab dem zweiten Kind

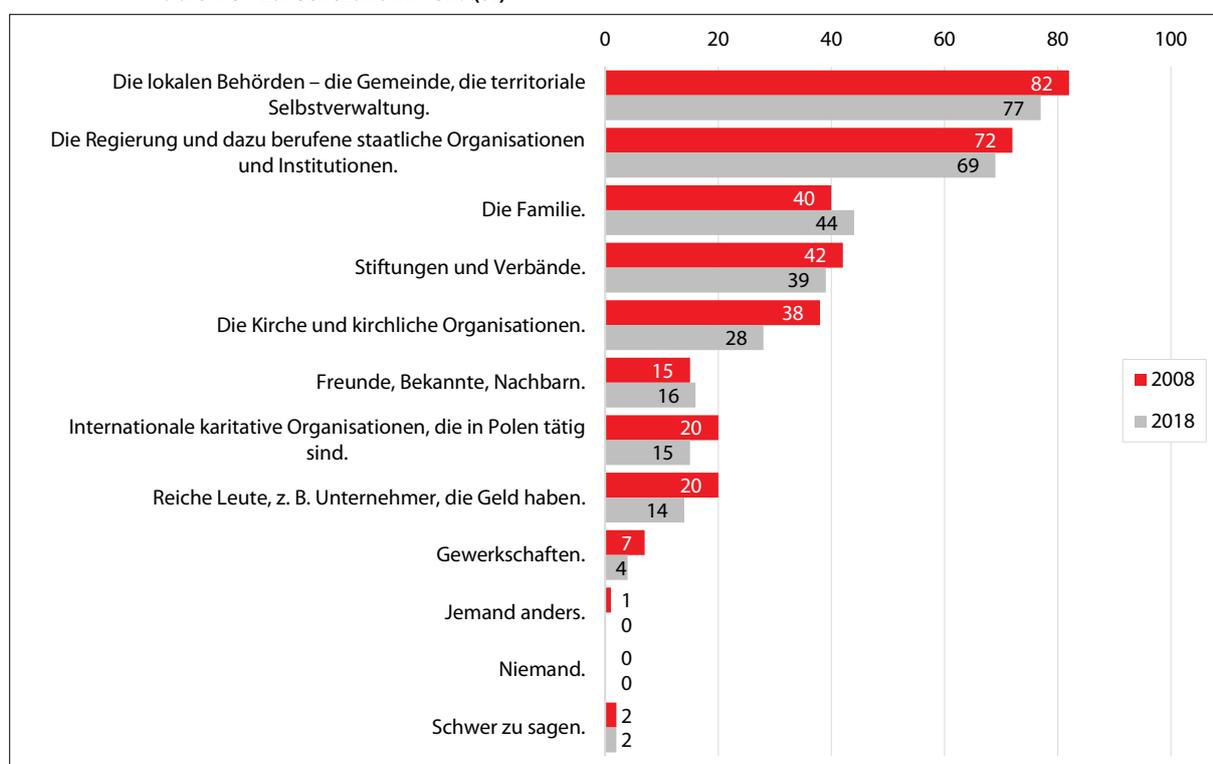
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 45/2019: Reakcje społeczne na rozwiązania tzw. Nowej Piątki PiS [Gesellschaftliche Reaktionen auf die Maßnahmen der sog. »Neuen Fünf« der PiS]. Warszawa 03/2019. www.cbos.pl

Grafik 3: Von welcher der sozialpolitischen Maßnahmen profitieren Sie persönlich oder Ihr Haushalt?



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 45/2019: Reakcje społeczne na rozwiązania tzw. Nowej Piątki PiS [Gesellschaftliche Reaktionen auf die Maßnahmen der sog. »Neuen Fünf« der PiS]. Warszawa 03/2019. www.cbos.pl

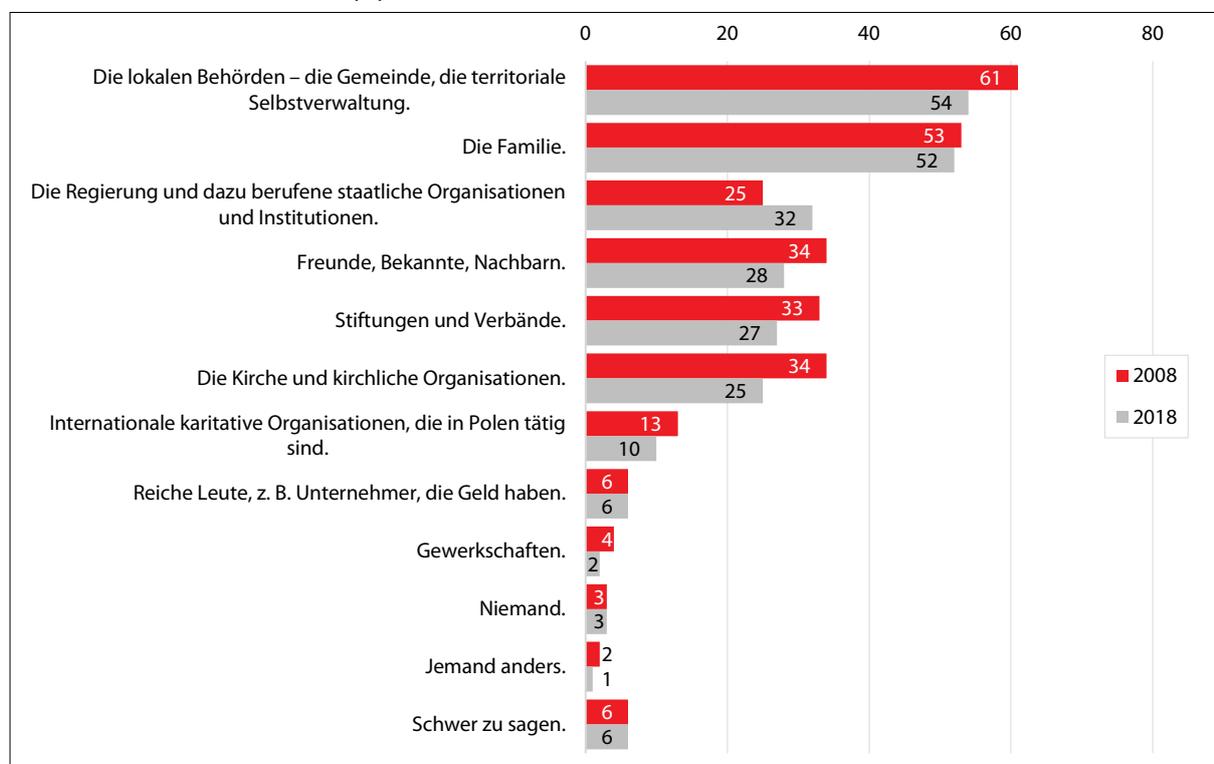
Grafik 4: Wer vor allem sollte sich um die Menschen kümmern, die nicht in der Lage sind, selbständig mit ihren Problemen zurechtzukommen? (%)*



*Die Gesamtsumme ergibt nicht 100 %, da die Befragten mehr als eine Antwort angeben konnten.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 118/2018: Komu i jak pomagać? Pomoc społeczna w opinii Polaków [Wem und wie helfen? Gesellschaftliche Hilfe von den Polen beurteilt]. Warszawa 09/2018. www.cbos.pl

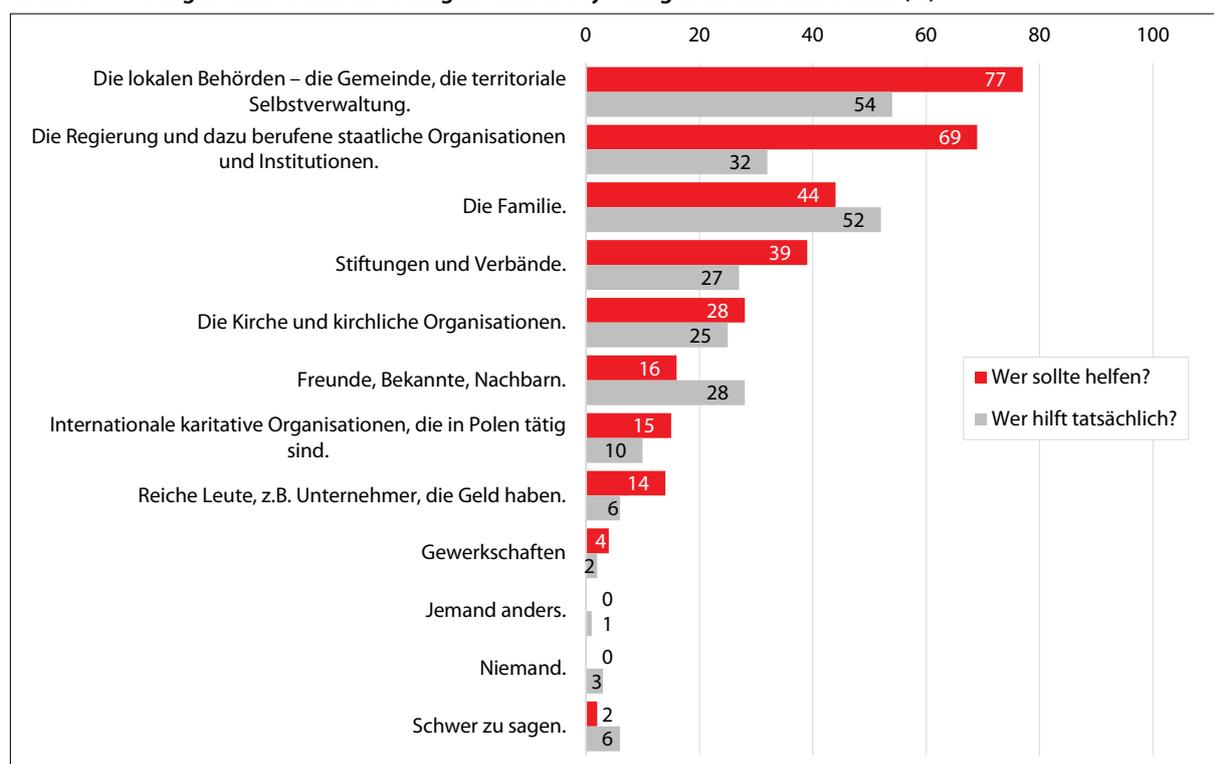
Grafik 5: Wer vor allem hilft aktuell den Menschen, die nicht in der Lage sind, selbständig mit ihren Problemen zurechtzukommen? (%)*



*Die Gesamtsumme ergibt nicht 100%, da die Befragten mehr als eine Antwort angeben konnten.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 118/2018: Komu i jak pomagać? Pomoc społeczna w opinii Polaków [Wem und wie helfen? Gesellschaftliche Hilfe von den Polen beurteilt]. Warszawa 09/2018. www.cbos.pl

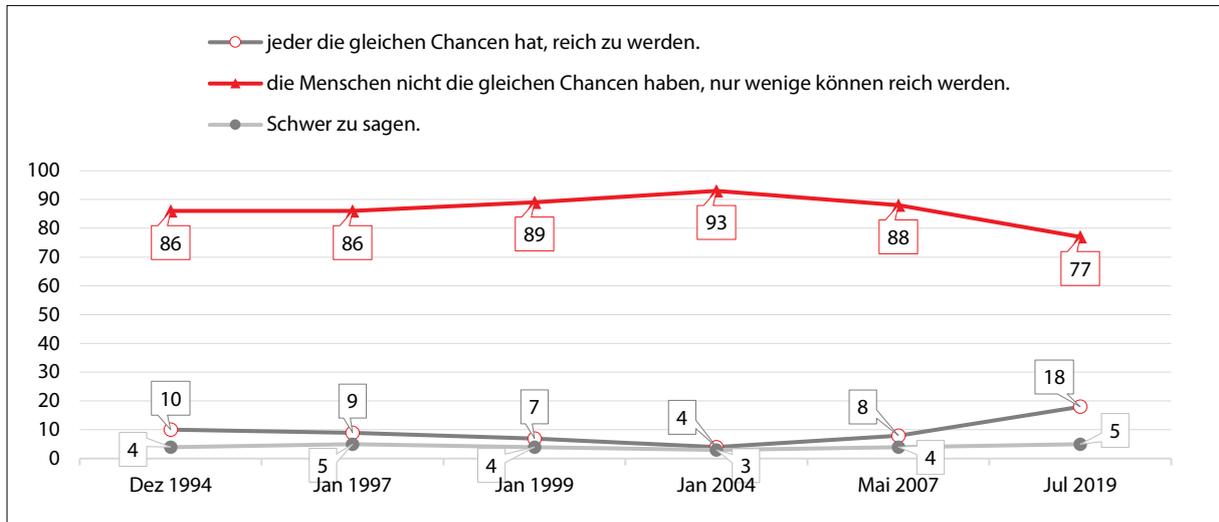
Grafik 6: Das geforderte und das wahrgenommene System gesellschaftlicher Hilfe (%)*



*Die Gesamtsumme ergibt nicht 100%, da die Befragten mehr als eine Antwort angeben konnten.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 118/2018: Komu i jak pomagać? Pomoc społeczna w opinii Polaków [Wem und wie helfen? Gesellschaftliche Hilfe von den Polen beurteilt]. Warszawa 09/2018. www.cbos.pl

Grafik 7: Glauben Sie, dass in Polen zurzeit ... (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 105/2019: Społeczne postrzeganie bogactwa i ludzi bogatych [Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Reichtum und reichen Menschen]. Warszawa 08/2019. www.cbos.pl

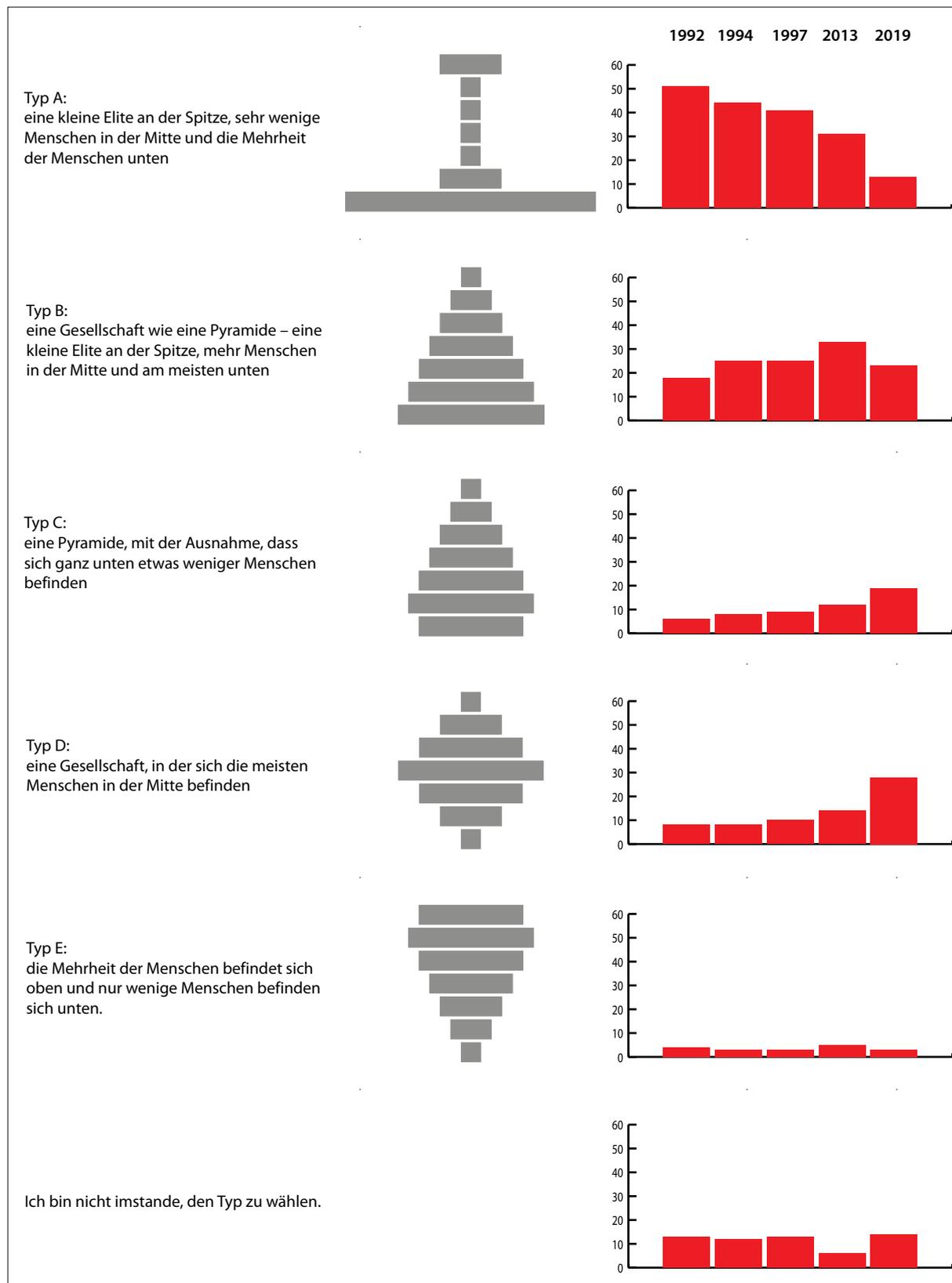
Tabelle 1: Was für eine Gesellschaft ist Polen heute? (%)

	1992	1994	1997	2013	2019
Typ A: eine kleine Elite an der Spitze, sehr wenige Menschen in der Mitte und die Mehrheit der Menschen unten	51	44	41	31	13
Typ B: eine Gesellschaft wie eine Pyramide – eine kleine Elite an der Spitze, mehr Menschen in der Mitte und am meisten unten	18	25	25	33	23
Typ C: eine Pyramide, mit der Ausnahme, dass sich ganz unten etwas weniger Menschen befinden	6	8	9	12	19
Typ D: eine Gesellschaft, in der sich die meisten Menschen in der Mitte befinden	8	8	10	14	28
Typ E: die Mehrheit der Menschen befindet sich oben und nur wenige Menschen befinden sich unten.	4	3	3	5	3
Ich bin nicht imstande, den Typ zu wählen.	13	12	13	6	14

Siehe auch Grafik 8 auf S. 13.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 7/2020: Postrzeganie struktury społecznej [Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Struktur]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

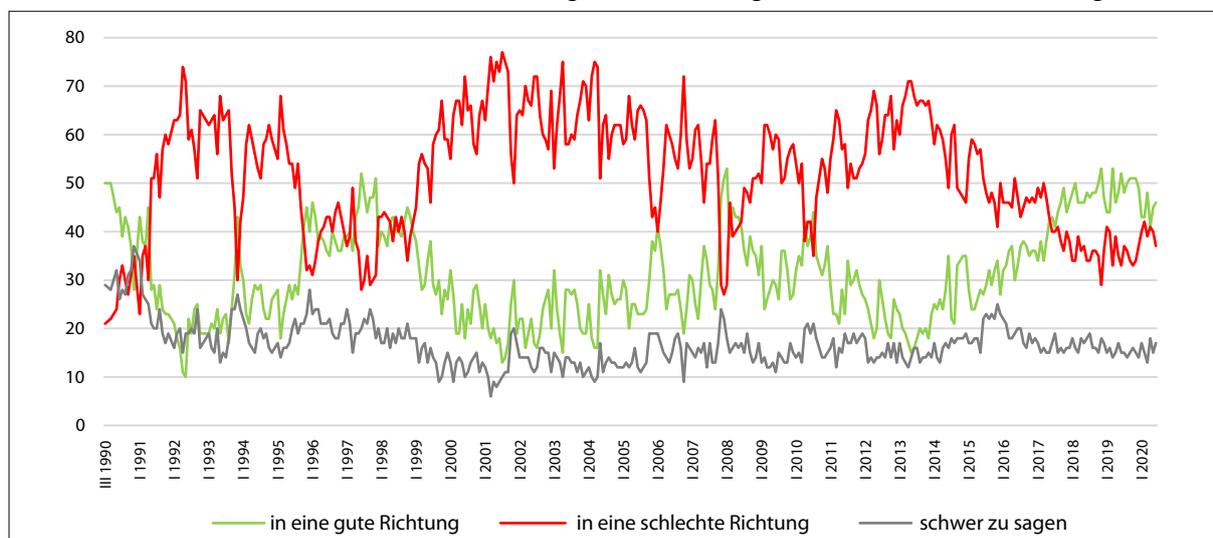
Grafik 8: Was für eine Gesellschaft ist Polen heute?



Siehe Tabelle 1 auf S. 14 für die einzelnen Werte.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 7/2020: Postrzeganie struktury społecznej [Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Struktur]. Warszawa 01/2020. www.cbos.pl

Grafik 9: Geht die Situation in unserem Land im Allgemeinen in eine gute oder eine schlechte Richtung? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 93/2020: *Nastroje społeczne w pierwszej dekadzie lipca* [Die gesellschaftliche Stimmung in den ersten zehn Tagen des Juli]. Warszawa 07/2020. www.cbos.pl

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 14. September 2020, Johns-Hopkins-Universität)

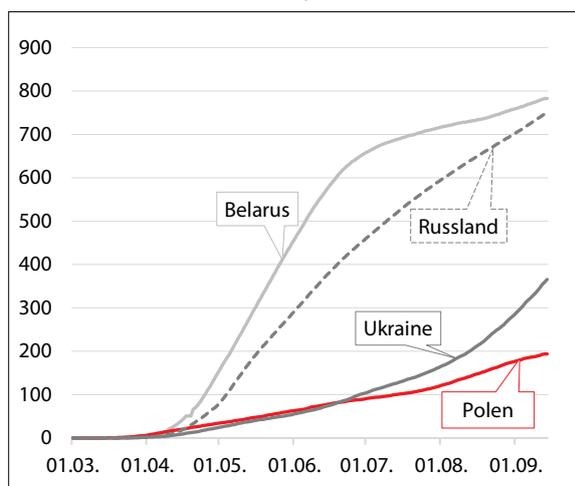


Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. – 14. September 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.09.	71.962	67.922	997.072	126.279
02.09.	72.141	68.517	1.001.965	128.833
03.09.	72.302	69.129	1.006.923	131.300
04.09.	72.485	69.820	1.011.987	134.069
05.09.	72.663	70.387	1.017.131	136.966
06.09.	72.859	70.824	1.022.228	139.171
07.09.	73.031	71.126	1.027.334	141.424
08.09.	73.208	71.526	1.032.354	143.914
09.09.	73.402	71.947	1.037.526	146.511
10.09.	73.591	72.453	1.042.836	149.146
11.09.	73.784	73.047	1.048.257	152.373
12.09.	73.975	73.650	1.053.663	155.558
13.09.	74.173	74.152	1.059.024	158.122
14.09.	74.173	74.152	1.059.024	160.584

Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17, für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15, für die Zahlen vom 02.–15.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 258, S. 14, für die Zahlen vom 16.06.–06.07.2020 siehe Polen-Analysen 259, S. 14 und für die Zahlen vom 07.07.–31.08.2020 siehe Polen-Analysen 260, S. 13.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 14.09.2020. 10:25 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 14. September 2020, Johns-Hopkins-Universität)

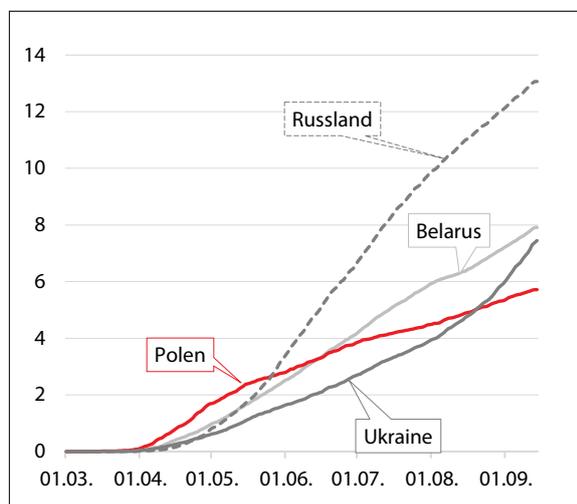


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. – 14. September 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
01.09.	686	2.058	17.250	2.654
02.09.	691	2.078	17.365	2.705
03.09.	696	2.092	17.479	2.759
04.09.	701	2.100	17.598	2.812
05.09.	705	2.113	17.707	2.863
06.09.	711	2.120	17.768	2.898
07.09.	716	2.124	17.818	2.930
08.09.	721	2.136	17.939	2.988
09.09.	726	2.147	18.080	3.034
10.09.	732	2.159	18.207	3.079
11.09.	738	2.169	18.309	3.132
12.09.	744	2.182	18.426	3.206
13.09.	750	2.188	18.517	3.239
14.09.	750	2.188	18.517	3.272

Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17, für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15, für die Zahlen vom 02.–15.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 258, S. 15, für die Zahlen vom 16.06.–06.07.2020 siehe Polen-Analysen 259, S. 14 und für die Zahlen vom 07.07.–31.08.2020 siehe Polen-Analysen 260, S. 14.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 31.08.2020. 12:28 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (14. September 2020, 10.00 Uhr)

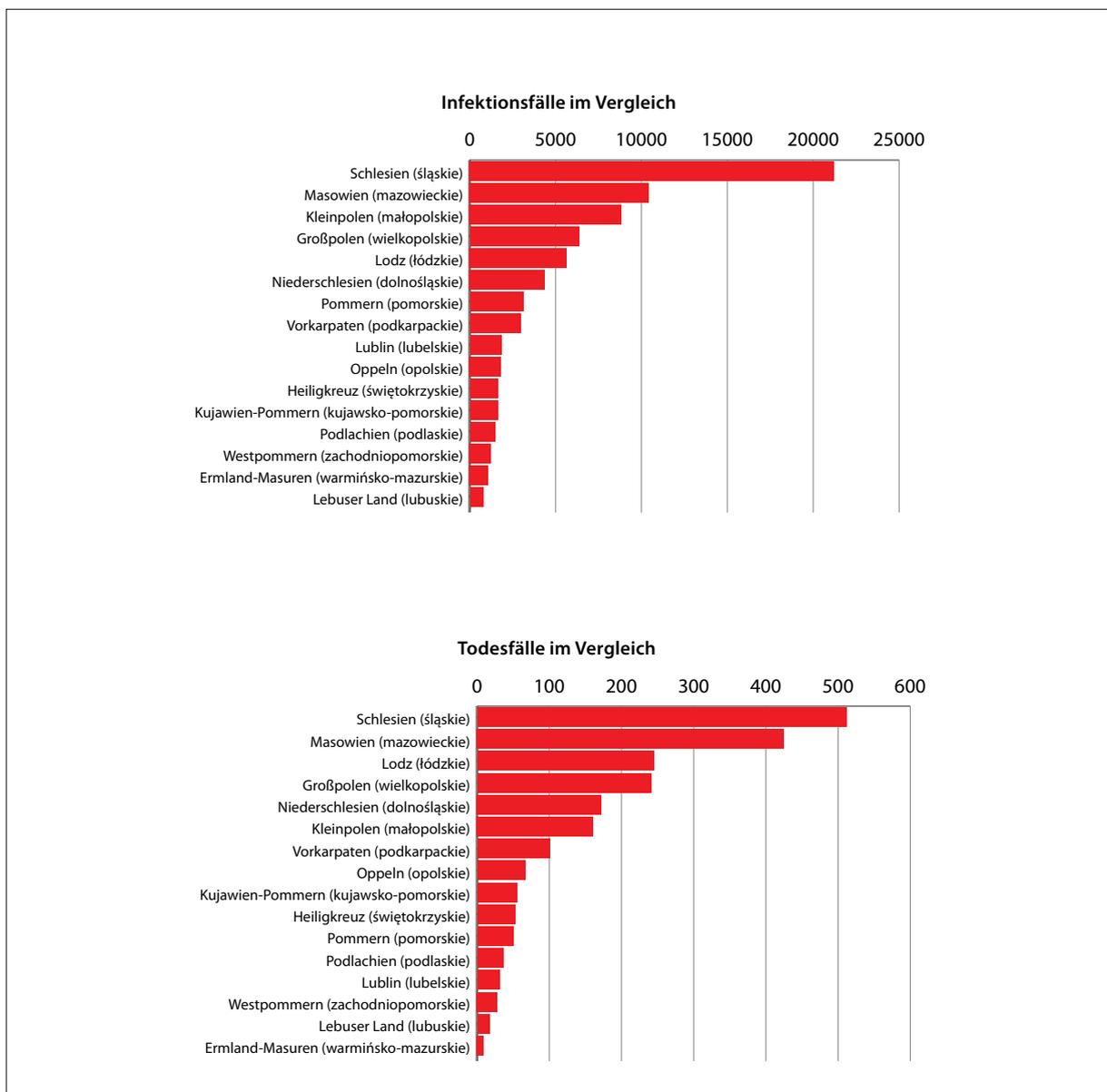


Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], <https://www.gov.pl/web/koronawirus/wykaz-zarazen-koronawirusem-sars-cov-2> (abgerufen am 14.09.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (14. September 2020, 10.00 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	1.077	9
Großpolen (wielkopolskie)	6.376	241
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	1.639	53
Kleinpolen (małopolskie)	8.846	161
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	1.631	55
Lebuser Land (lubuskie)	791	17
Lodz (łódzkie)	5.654	245
Lublin (lubelskie)	1.858	31

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Masowien (mazowieckie)	10.427	425
Niederschlesien (dolnośląskie)	4.381	172
Oppeln (opolskie)	1.823	67
Podlachien (podlaskie)	1.471	36
Pommern (pomorskie)	3.127	50
Schlesien (śląskie)	21.224	512
Vorkarpaten (podkarpackie)	2.959	101
Westpommern (zachodniopomorskie)	1.245	28



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], <https://www.gov.pl/web/koronawirus/wykaz-zarazen-koronawirusem-sars-cov-2> (abgerufen am 14.09.2020)

Covid-19-Chronik, 1. – 14. September 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
01.09.2020	67.922/ 2.058	Ab dem heutigen Tag bis zum 20. September steht Eltern von Kindern bis zum Alter von acht Jahren ein zusätzliches Betreuungsgeld zur Verfügung, wenn die Betreuungseinrichtung ihre Aufgaben infolge der Corona-Epidemie nicht ausüben kann.
02.09.2020	68.517/2.078	
03.09.2020	69.129/2.092	Gesundheitsminister Adam Niedzielski stellt die Corona-Strategie für den Herbst vor, wenn Covid-19, Grippeinfektionen und die Erkältungswelle gleichzeitig auftreten. Während zu Anfang der Corona-Epidemie mit einem landesweiten »Lockdown« reagiert wurde, sollen jetzt Maßnahmen angewandt werden, die an die regionalen Infektionssituationen angepasst sind. Der Hausarzt überweist nach Untersuchung des Patienten ggf. zur Durchführung eines Corona-Tests und spricht ggf. auch die Entlassung aus der Quarantäne aus. Krankenhäuser werden einer von drei Gruppen zugeteilt, die erste Gruppe ist für die Corona-Tests zuständig und überweist an die Krankenhäuser der beiden anderen Gruppen, wo die Patienten geheilt werden sollen. Die mobilen Teststationen sollen ausgebaut und ein telefonischer Informationsdienst eingerichtet werden. Außerdem soll verstärkt gegen Grippe geimpft werden. Corona-Tests sollen vor allem bei akuten Krankheitsanzeichen sowie in Risikogruppen durchgeführt werden.
03.09.2020		Das Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik teilt mit, dass die Arbeitslosenquote im August nach neusten Schätzungen bei 6,1% lag und gegenüber dem Vormonat nicht angestiegen ist. Ministerin Marlena Maląg sagt, der Arbeitsmarkt habe sich nach dem »Lockdown« infolge der Corona-Epidemie stabilisiert und dank der Antikrisenmaßnahmen der Regierung haben 5 Mio. Arbeitsplätze gerettet werden können.
03.09.2020		Nach Angaben des Entwicklungsministeriums wurden nach einem Monat Laufzeit 886.000 Tourismus-Bons im Wert von insgesamt 759 Mio. Zloty abgerufen. 20.000 touristische Einrichtungen haben sich in das Programm eingeschrieben. Der zweckgebundene Bon in Form eines Gutscheins von 500 Zloty pro Kind soll Familien und der Tourismusbranche helfen, Engpässe aufgrund der Corona-Epidemie zu überbrücken.
03.09.2020		In einem Fernsehinterview des Senders »tvn24« sagt Entwicklungsministerin Jadwiga Emilewicz, Schätzungen zufolge können sich die Kosten für die Corona-Epidemie auf 200 bis 250 Mrd. Zloty belaufen. Ca. 110 Mrd. Zloty belasten den Haushalt in Form von finanzieller Unterstützung für die Sozialversicherungsanstalt u.ä. Weitere 100 Mrd. Zloty werden für Anleihen zur Finanzierung der Corona-Krisenschilder eingesetzt.
04.09.2020	69.820/2.100	Die Europäische Investitionsbank (EIB) teilt mit, dass das polnische Finanzministerium 650 Mio. Euro zur Bewältigung der Covid-19-Folgen erhält. Die Mittel fließen in das Gesundheitswesen und den Zivilschutz. Die EIB und das Finanzministerium vereinbarten zudem, dass die Bank förderfähige Ausgaben vollständig finanziert und nicht bis höchstens 50 Prozent, wie bei der Bank sonst üblich.
04.09.2020		Der Kabinettsrat (Präsident und Regierung) bespricht die aktuelle Lage der Corona-Epidemie in Polen. Auf der Pressekonferenz im Anschluss sagt Präsident Duda, dass die Einreise von Personen aus Belarus im Zusammenhang mit der politischen Krise dort keinen Einfluss auf das Infektionsgeschehen in Polen habe. Die »Hotspots« der Übertragung von Covid-19 in Polen seien immer noch Arbeitsplätze und Hochzeitsfeiern.
05.09.2020	70.387/2.113	
06.09.2020	70.824/2.120	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
07.09.2020	71.126/2.124	Das Bildungsministerium teilt mit, dass nach Schulbeginn am 1. September 99,83 % der Schulen, Vorschulen und Bildungseinrichtungen (48.459) Präsenzunterricht durchführen. 53 haben wegen Corona-Infektionen auf Fernunterricht und 29 auf eine Mischform aus Präsenz- und Fernunterricht umgestellt.
07.09.2020		Medienberichten zufolge haben sich Vertreter der Hausärzte und das Gesundheitsministerium darauf geeinigt, dass die Hausärzte in offensichtlichen Fällen von Covid-19 keine persönliche Untersuchung des Patienten durchführen müssen, sondern ihn telefonisch beraten können, bevor sie ihn zu einem Coronatest überweisen.
08.09.2020	71.526/2.136	Ab dem heutigen Tag tritt eine Novelle der Verordnungen für den Schulunterricht in Kraft, die wegen der herrschenden Corona-Epidemie aufgestellt wurden. Die Dauer einer Unterrichtsstunde im Falle von Fernunterricht soll 30 bis 60 Minuten betragen, der Richtwert sind 45 Minuten. Außerdem kann der Schuldirektor in Absprache mit dem Pädagogischen Rat den Stunden- und Halbjahresplan angepasst an die Methoden und Techniken des Fernunterrichts verändern.
09.09.2020	71.947/2.147	
10.09.2020	72.453/2.159	Vizegesundheitsminister Waldemar Kraska teilt mit, dass zurzeit drei Kreise aufgrund des Corona-Infektionsgeschehens der »gelben Stufe« mit verschärften Schutzmaßnahmen zugeordnet sind und kein Kreis der »roten Stufe«. Die »gelbe Stufe« ist erreicht, wenn in den vergangenen 14 Tagen sechs bis zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner registriert werden, die »rote Stufe« wird bei mehr als zwölf Neuinfektionen pro 10.000 Einwohner ausgerufen.
10.09.2020		Auf Antrag der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) stellt sich Vizegesundheitsminister Waldemar Kraska den Fragen des Senats zur aktuellen Lage der Corona-Epidemie in Polen und zur Strategie für den Herbst, die Anfang September bekannt gemacht wurde. Aktuell hätten 4 % der medizinischen Einrichtungen ihre Tätigkeit infolge Covid-19 eingestellt, sagt Kraska.
10.09.2020		Bildungsminister Dariusz Piontkowski gibt bekannt, dass aufgrund der Corona-Epidemie aktuell 0,09 % der Schulen (46 Schulen) vollständig auf Fernunterricht umgestellt haben und 0,19 % (92 Schulen) eine Mischform aus Präsenz- und Fernunterricht durchführen.
11.09.2020	73.047/2.169	
12.09.2020	73.650/2.182	In Warschau findet eine Demonstration gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Corona-Epidemie statt. Die Veranstalter kündigen weitere Demonstrationen an. Die Demonstration verläuft nach Angaben der Polizei friedlich.
13.09.2020	74.152/2.188	
14.09.2020	74.152/2.188	Das Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass Personen, die einen medizinischen Beruf ausüben oder in Senioreneinrichtungen arbeiten, nach absolvierter 14-tägiger Quarantäne wegen Covid-19 keinen Coronatest vor der Rückkehr an den Arbeitsplatz machen müssen.

* Daten der Johns-Hopkins-University Stand: 14.09.2020. 10:25 Uhr MESZ

1. – 14. September 2020

01.09.2020	Auf der Westerplatte in Danzig (Gdańsk) nimmt Präsident Andrzej Duda, die Stadtpräsidentin von Danzig, Aleksandra Dulkiewicz, und eine Delegation von Stadtpräsidenten, Bürgermeistern und Gemeindevorstehern an der Gedenkfeier zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 81 Jahren teil. Die Feier wird von der Polnischen Armee ausgerichtet. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gedenkt des Kriegsbeginns in Wieluń.
03.09.2020	Die Parlamentarische Belarus-Gruppe empfängt den belarussischen Oppositionellen Pavel Latuschka zu einem Informationsaustausch über die innenpolitische Lage in Belarus und Hilfe vonseiten Polens. In Belarus finden seit der Präsidentenwahl am 9. August Proteste der Bevölkerung statt. Der Vorsitzende der Parlamentarischen Gruppe, Robert Tyszkiewicz (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO), sagt auf der Pressekonferenz im Anschluss, es sei die Rolle Polens, Anwalt des freien und demokratischen Belarus in der EU zu sein, und die Aktivität der EU zu wecken. Latuschka sagt, die Lösung der Krise in Belarus sei eine innere Angelegenheit, die die belarussische Gesellschaft maßgeblich gestalten sollte. Der Koordinationsrat der belarussischen Opposition sei entschlossen, eine Lösung im Rahmen des bestehenden Rechtes zu finden. Er zähle auf die Hilfe der EU und Russlands. Dabei gehe es nicht um deren Einmischung, sondern beispielsweise um Mediation in Gesprächen mit Präsident Alexander Lukaschenko.
03.09.2020	Als Videokonferenz findet der 12. Europäische Wirtschaftskongress in Kattowitz (Katowice) statt, an dem Entwicklungsministerin Jadwiga Emilewicz, Klimaminister Michał Kurtyka und der stellvertretende Präsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, teilnehmen. Emilewicz sagt, Polen stimme den Zielen des Europäischen Green New Deal zu, akzeptiere aber nicht, wenn sie dazu beitragen, Ungleichheiten zu verfestigen. Die EU-Staaten stünden auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen und die Umsetzung der Energiewende müsse an die jeweilige Situation angepasst werden. Die Menschen, die am meisten von der Umstrukturierung der Energiebranche betroffen sind, müssen deutlich berücksichtigt werden, zum Beispiel mit Umschulungen und Weiterqualifizierungen. Die Idee der solidarischen und gerechten Transformation werde ohne gesellschaftliche Akzeptanz verfehlt. Der Mensch müsse als Gewinner der Energiewende im Mittelpunkt stehen und nicht als Steuerzahler.
04.09.2020	Michał Dworczyk, Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, kündigt an, dass die Regierung Lösungen erarbeiten wird, um die Übersiedlung aus dem Ausland nach Polen für Nachfahren der Einwohner der Ersten und der Zweiten Republik Polen zu erleichtern. Die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) lege besonderen Wert auf die Unterstützung der Landleute im Ausland, so Dworczyk.
07.09.2020	In Krakau (Kraków) findet eine Konferenz der Börsen der Länder der Drei-Meere-Initiative statt. Thematisiert werden Fragen des Aufbaus eines gemeinsamen Kapitalmarktes und gegenseitiger Investitionen.
08.09.2020	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, und der Vorsitzende der PiS-Jugendorganisation, Michał Moskal, stellen auf einer Pressekonferenz einen Gesetzesentwurf zum Tierschutz vor. Kaczyński sagt, er rechne mit parteiübergreifender Unterstützung; es handle sich nicht um eine politische, sondern um eine humanitäre Angelegenheit. Das Projekt »Fünf für die Tiere«, verbietet die Tierzucht zur Pelzgewinnung und gestattet das Schächten von Tieren nur für den inländischen Bedarf. Außerdem sollen Tierheime häufiger kontrolliert werden und nur von der öffentlichen Hand geführt werden dürfen. Ein weiterer Punkt ist die artgerechte Haltung zum Beispiel für Hofhunde.
09.09.2020	In einem Interview im Ersten Programm des Polnischen Radio sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass die Reaktionen der westlichen Staaten auf die Proteste der belarussischen Bevölkerung gegen den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko sowie auf die Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny noch stärker ausfallen sollten. Mit Blick auf den Fall Nawalny fordert er, dass der Bau der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 gestoppt werde, da sie Russland stärke. Deutschland verstehe nun endlich, dass Nord Stream 2 ein antieuropäisches Projekt sei und ein autoritäres Regime stütze.

09.09.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki empfängt die belarussische Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja, die im Zusammenhang mit den Protesten infolge der mutmaßlich gefälschten Präsidentenwahl in Belarus (9. August) ins Exil nach Litauen gezwungen wurde. Auf der Pressekonferenz spricht sich Tichanowskaja für eine neue Präsidentenwahl in Belarus aus und appelliert an Polen, seine moralische und materielle Hilfe auch danach fortzusetzen. Morawiecki erinnert daran, dass Polen angeregt hatte, die Sondersitzung des Europäischen Rates zur Lage in Belarus abzuhalten, und dass die ganze Europäische Union die belarussische Bevölkerung in ihrem Freiheitsstreben unterstützt. Polen kämpfe dafür, dass die Situation in Belarus in der EU, in Washington und anderen demokratischen Ländern präsent bleibe und Hilfsleistungen zur Folge habe. Polen behandle beispielsweise verletzte Demonstranten in Krankenhäusern. Morawiecki überreicht Tichanowskaja den Schlüssel zu einem »Belarussischen Haus« in Warschau-Saska Kępa als Geschenk Polens an die belarussische Nation zur Unterstützung ihres Freiheitskampfes. Außerdem hält Tichanowskaja an der Universität Warschau einen Vortrag und trifft sich mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda. Duda sagt den belarussischen Arbeitnehmer Unterstützung bei der Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft zu.
10.09.2020	Borys Budka, der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), trifft sich am zweiten Tag ihres Besuchs in Warschau mit der belarussischen Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sichert Budka der belarussischen Oppositionsbewegung die Unterstützung der PO und der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) auch im Europäischen Parlament zu. Der Eintritt der belarussischen Bevölkerung für Demokratie und Freiheit sollte für das Handeln der Europäischen Union Priorität haben. In Belarus dauern seit der mutmaßlich gefälschten Präsidentenwahl im August Massenproteste gegen das Regime von Aleksander Lukaschenko an.
11.09.2020	Nach dem Treffen der Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Lublin gibt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bekannt, dass die vier Staaten Belarus Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anbieten werden. Es soll dabei um gemeinsame Projekte für kleine Unternehmer und im Bereich Energiepolitik gehen. Die Visegrád-Gruppe unterstützt die belarussische Oppositionsbewegung für Demokratie und Freiheit und ruft zu Gesprächen zwischen Präsident Aleksander Lukaschenko und der Opposition auf, um die Krise in Belarus zu lösen.
12.09.2020	Das Außenministerium veröffentlicht eine gemeinsame Erklärung der Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), in der sie den Anschlag auf den russischen Oppositionsführer Alexej Nawalny verurteilen und von der russischen Regierung umfassende Aufklärung über die Täter und ihre Motive fordern. Da der Anschlag durch die Verabreichung von Gift aus der Nowitschok-Gruppe ausgeführt wurde, müsse außerdem geprüft werden, ob Russland damit gegen das Chemiewaffenverbot verstoßen hat.
13.09.2020	Der Fraktionschef von Die Linke (Lewica), Krzysztof Gawkowski, präsentiert in Warschau das neue Parteiprogramm, das sich auf die Prioritäten Gesundheit und Sozialpolitik, Wirtschaft, Bildung und neue Technologien sowie Klimapolitik fokussiert. Ab der kommenden Woche sollen regionale Programmkonferenzen durchgeführt werden. Darüber hinaus sei die Linke gesprächsbereit gegenüber der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL).
14.09.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki trifft sich mit den Vertretern der Fraktionen und parlamentarischen Gruppierungen, um die aktuelle Situation in Belarus zu thematisieren. Alle Fraktionen seien sich einig, dass die Souveränität Belarus' nicht zur Disposition stehen dürfe, so Michał Dworczyk, Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, im Anschluss. Die Parlamentarier werden in internationalen Gremien die Lage in Belarus zur Sprache bringen, um auch in den Ländern Bewusstsein dafür zu schaffen, denen Belarus fernliege. Morawiecki werde beim nächsten Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs den sogenannten Marshall-Plan der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) für Belarus vorstellen. Dieser umfasst ein wirtschaftliches und finanzielles Angebot für den Fall, dass in Belarus die Präsidentenwahl wiederholt und korrekt durchgeführt wird. In Belarus dauern seit Wochen Proteste der Bevölkerung gegen das Regime von Präsident Alexander Lukaschenko an.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de

**Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)**

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.